

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf,

Wilsdorf, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschem 2c.

== **Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.** ==

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-
träger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Bestellgeld.
Frei ins Haus monatlich 42 Pfg.
vierteljährlich 1. Mk. 25 Pfg.

Insertionsgebühren: die sechsgepaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 68.

Dienstag, den 24. März 1903.

30. Jahrgang.

Herr Ernst Robert Würker

aus Reichenbach i. V. ist heute als Schutzmann verpflichtet worden.
Hohenstein-Ernstthal, am 23. März 1903.

Der Stadtrat.
Dr. Volker, Bürgermeister.

Deutscher Reichstag.

289. Sitzung vom 21. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Kolonial-Etat. Bei dem Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet hat die Kommission von der ersten Rate von 1 Million für die Weiterführung der Usambarabahn über Karogwe hinaus bis Kompo 1/4 Million abgesetzt.

Abg. Stolle (Soz.) rügt, daß das Reich immer noch nichts getan habe, um in seinen Schutzgebieten die Hausflaverei abzuschaffen.

Direktor der Kolonial-Abteilung Dr. Stübel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika hatten bisher mehr oder weniger die Hausflaverei zur Grundlage. Sie dürften nun aber mit der Tanga-Bahn eine allmähliche Umgestaltung erleiden, und dann werde es möglich sein, auch bezüglich der Hausflaverei die erwünschte Aenderung zu schaffen. Der Resolution Gröber entsprechende Erlasse zur Förderung des allmählichen Freikaufs der Sklaven sind ergangen, sowohl für Deutsch-Ostafrika wie für Togo und Kamerun. Es sind auch 1902 bereits 2037 Freibrüder ausgestellt gegen 1525 im Jahre vorher. Die Kolonialverwaltung lennt jedenfalls kein größeres Bestreben, als mit der Hausflaverei ganz aufzuräumen.

Abg. Schrempf (konf.) wünscht Vereinfachung des komplizierten Verwaltungsapparats in den Schutzgebieten und beklagt den Affektismus derselben.

Kolonialdirektor Dr. Stübel widerspricht der Annahme, daß wir teurer als beispielsweise die Engländer kolonisierten. In Englisch-Nigeria sei die Verwaltung kostspieliger als in unserem Kamerun. Die Frage, ob unseren Gouverneuren Organe der Selbstverwaltung beigegeben seien, sei sorgsam erwogen. Es handle sich darum, ob die Kolonien hierfür bereits genug entwickelt seien. In Süd-afrika seien wir einer solchen Entscheidung bereits nahe gerückt.

Abg. Stolle (Soz.) will keine Verquickung der Frage der Beseitigung der Hausflaverei mit dem Bahnbau und der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutsch-Ostafrika überhaupt.

Landesgouverneur Graf v. Goeben erklärt, er habe versucht, die kaufmännischen Elemente mehr zur Verwaltung heranzuziehen. In einer Konferenz in Dar-es-Salaam habe er die Wünsche der Kaufleute entgegen genommen, und diese hätten auch Beachtung gefunden in bezug auf die Tariffragen auf der Tanga-Bahn und auch im Hinblick auf die Zollfragen. Er werde in dieser Weise fortfahren und könne in Aussicht stellen, daß den Wünschen der Kaufleute auch künftig so viel als möglich werde stattgegeben werden.

Abg. Schrempf (konf.) fragt noch, inwieweit es gelungen sei, die Schwarzen in Ostafrika zur Arbeit heranzuziehen.

Abg. Dr. Arendt (Npt.) hofft, der Schwerpunkt der Finanzverwaltung der Kolonien werde bald in die Kolonien selbst verlegt werden können. An dem vielen Schreibwerte trage Abg. Richter eine Mitschuld, denn dieser habe seiner Zeit eine Revision der Kolonial-Etat-Rechnungen in Deutschland seitens des Reichstags gefordert. Wünschenswert sei eine besondere Ausbildung von Kolonialbeamten. Redner stimmt weiter den Ausführungen des Kolonialdirektors hinsichtlich der Hausflaverei zu.

Direktor im Schatzamt Zwele erklärt, daß Reichsschatzamt sei mit Ausbildung eines besonderen Kolonialbeamtenstandes durchaus einverstanden; in Frage sei nur noch das Wie.

Gouverneur Graf v. Goeben begründet seine nach Verhandlungen mit Häuptlingen in betreff der Sebung von Produktion und Ausfuhr erlassene Anordnung, wonach jedes Dorf ein Feld anzulegen hat, auf welchem geeignete Produkte zu bauen sind, werde man nie ein beschlußfähiges Haus für so wichtige Aufgaben erhalten.

Bei dem Ausgabe Titel für Weiterbau der Usambara-Bahn bedauert Abg. Richter, daß dem Reich jezt zugemutet werde, 3/4 Millionen für den Weiterbau zu bewilligen, und sich damit für ungefähr 6 Millionen zu binden, nachdem das Haus im Vorjahre einen ablehnenden Beschluß gefaßt habe. Die Finanzlage habe sich doch nicht gebessert. Karogwe sei das reine Malaria-Neß, so daß im Vorjahre hier gesagt werden konnte, man müsse schon deshalb über Karogwe hinaus-bauen, damit die Leute nur wieder aus Karogwe hinauskommen. (Heiterkeit.) Das ganze Gebiet von Karogwe bis zum Kongo sei Fiebergebiet, abgesehen von einigen Luftkurorten. (Heiterkeit.) Wenn es Interessenten gäbe, die von der Entwicklungsfähigkeit dieses Gebietes überzeugt seien, so möchten diese die Bahn doch selber bauen. In ganz Deutsch-Ostafrika, einem Gebiete, doppelt so groß als Deutschland, seien nicht mehr als 84 Kaufleute und Handeltreibende, und auch in deren Kreisen sei vielfach die Meinung vertreten, der Hauptfehler Ostafrikas sei nicht der Mangel an Eisenbahnen, sondern die halb militärisch-bureaucratische Verwaltung. Und da sollte das Reich solche Summen hergeben, während es doch näherliegende Aufgaben nicht erfüllen könne. Mit diesen Ausgaben für Ostafrika mache man sich nur zum Schrittmacher für Tabak- und Viehsteuerverträge.

Gouverneur Graf v. Goeben: Die Fortsetzung der Bahn sei ein unerlässlicher Schlusstein, sei das Dach auf dem Hause, das zwar bewohnbar, aber noch nicht rentabel sei. Gebaut solle die Usambara-Bahn werden, um die Usambara-Berge aufzuschließen. Dort seien Gegenden, wo Europäer arbeiten könnten, wo Plantagenbau und Landwirtschaft möglich seien. Die Bahn bis Karogwe erschließe nur einen kleinen Teil, nur ein Viertel des darüber hinaus liegenden Schutzgebietes. Wer sich als Ansetzler weiter-hin in das Innere begeben habe, habe den Betrieb wieder aufgeben müssen, da er nicht in der Lage war, seine Produkte nach der Küste hin zu verkaufen. Und gerade auch die ungesunden Gegenden, von denen Richter gesprochen habe, seien geeignet für die Eingeborenen, um Zuckerrohr und Baumwolle zu bauen. Die Bahn solle ohne jeden Luxus gebaut und sparsam bewirtschaftet werden. Sie sei eine Lebensfrage für unser Schutzgebiet. Der Sprung von Trägerverkehr zum Eisenbahn-verkehr müsse gemacht werden.

Kolonialdirektor Dr. Stübel bittet ebenfalls um Bewilligung der Forderung nach dem Kommissions-vorschlag. Wir haben einmal die Kolonie und die Bahn, und müssen sie daher weiter entwickeln, resp. weiter bauen, sonst verfallen wir in den Fehler derjenigen Grundbesitzer, die in ihren Besitz nicht das nötige Kapital hineinstecken. Bedauern müsse er, daß nicht auch die Vorlage über die Bahn Dar-es-Salaam—Mrogoro vom Hause angenommen werde. Wie er jezt das Haus bitte, den Weiterbau der Usambara-Bahn zu bewilligen, so werde die Regierung den künftigen Reichstag bitten müssen, die Bahn nach Mrogoro zu bewilligen im Interesse der Entwicklung der Kolonien.

Abg. Freiherr v. Hertling (Zentr.) erklärt die Zustimmung der Mehrheit seiner Freunde zu dem Kommissionsantrage, da sich diese Bahn als unab- weisliches Bedürfnis herausgestellt habe. Wenn begründete Aussicht vorhanden sei, daß sich Ein-nahmen und Ausgaben der Bahn bald ausgleichen, und der Verkehr sich heben werde, so sollte man auch nicht so abfällig über die Kolonien reden, wie es hier geschehen sei. Ueber die Bahn Dar-es-Salaam—Mrogoro könne vor einem so schwach besetzten Hause nicht verhandelt werden. Diejenigen, denen daran so viel liege, möchten daraus ersehen, wie notwendig es sei, Mittel zu ergreifen, um dem schwachen Besuche abzuhelfen. Wenn dem Wunsche nach Diäten nicht endlich Rechnung getragen werde, werde man nie ein beschlußfähiges Haus für so wichtige Aufgaben erhalten.

Abg. Dasbach (Zentr.) spricht in Rücksicht auf die Finanzlage gegen die Bewilligung.

Abg. Dr. Barth (freif. Ver.) würde es persönlich für politisch und wirtschaftlich richtig halten, wenn wir von den Kolonien, besonders Ostafrika, befreit wären; aber da wir einmal eine so große Kolonie in Ostafrika hätten, könnten wir nicht erklären: wir wollen nichts mehr damit zu tun haben. Darüber könne kein Zweifel bestehen, daß, wenn die Bahn nicht weitergebaut werde, jede Aussicht auf die Entwicklung der Bahn absolut vorbei und alles bisher Ausgegebenes weggeworfenes Geld sei. Seine Freunde stimmten deshalb für die Forderung. Es werde sich nun zeigen müssen, ob überhaupt in Ostafrika etwas für uns zu machen sei.

Die Forderung von 750 000 Mark wird mit großer Mehrheit genehmigt. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Freisinnige Volkspartei und einige Mitglieder des Zentrums.

Die Etats für Kamerun und Togo werden fast debattelos genehmigt.

Bei Südwestafrika erklärt auf Antrag des Abg. Dr. Arendt der Gouverneur Leutwein: In bezug auf die Sympathien mit den Buren sind wir wohl alle einig. Gleichwohl mußte vor fragen, ob die Buren als Ansetzler in unseren Gebieten auch nützliche Elemente sind. Und darauf kann ich nur antworten: Die Buren sind nur als Viehhändler zu gebrauchen, und dazu gehört Kapital. Darum ist es erste Forderung: Der Bure muß Kapital mitbringen; denn der Bure treibt keine Handarbeit, auch nicht, wenn er arm ist. Der arme Bure zieht im Ochsen-wagen mit Frau und Kindern im Lande umher und ruiniert Jagd und Weiden. Solche Buren können wir nicht brauchen, nur solche mit Kapital. Redner führt dann noch weiter aus, daß auch die Ansiedlungs-Beihilfen nur an solche Personen gegeben werden könnten, die etwas Kapital aus Europa mitbrächten.

Abg. Schrempf (konf.) bedauert die Nichtzulassung von durch den Krieg verarmten Buren. Es scheine sich doch hier um eine Viehbedienerei gegen England zu handeln. Jedenfalls könne hier ein Unterschied zwischen der Volkstimmung und den regierenden Kreisen.

Abg. Bebel (Soz.) schildert die Kolonie als wertlos und meint, in unseren offiziellen Kreisen habe man offenbar Angst vor den Buren. Das Reich könne sich doch nichts Besseres wünschen, als ein starkes Buren-Element in unseren Schutzgebieten. Freilich, der Bure sei nicht der an Untertänigkeit und Gehorsam gewöhnte Mensch, wie unser deutsche: Bauer.

Hierauf wird der Etat von Südafrika genehmigt, nachdem noch Kolonialdirektor Dr. Stübel Revision des Eisenbahntarifs für Waffengüter, namentlich aus Steinbrüchen, Marmorbrüchen usw. in Aussicht gestellt hat. Neu-Guinea und die Karolinen werden debattelos genehmigt, ebenso debattelos Samoa. Damit ist der Kolonial-Etat erledigt. Vom Etat des Reichsmilitärgerichts sind noch einige Besoldungs-titel rückständig, deren Genehmigung die Kommission empfiehlt.

Abg. Stadthagen (Soz.) kommt auf einige be- kannte Fälle zurück, in denen Soldaten sich vor Gericht auf ausdrückliches Befragen als Sozial- demokraten bekannt hätten und deshalb bestraft worden seien. Ebenso ein Referent, der auf Befragen, weshalb er die China-Denkünze ablehne, seine sozialdemokratische Gesinnung als Grund an- gegeben habe. Der Erlaß des Generalkommandos, durch welchen die Soldaten in solcher Weise veranlaßt würden, ihre Gesinnung zu verschweigen, sei feig. (Präsident Graf Walldorf ruft den Redner des- wegen zur Ordnung.) Abg. Stadthagen ruft, während er auf seinen Platz geht, erregt: Er ist es aber!

Hierauf wird der Etat des Reichsmilitärgerichts genehmigt. Beim Militär-Etat, Kapitel „Militär- technische Hochschule“, hat die Kommission 103 000 Mark bewilligt unter der Voraussetzung, daß der Unterricht der Offiziere über Lehrgegenstände von allgemein technischer Bedeutung auch weiterhin auf der Technischen Hochschule in Charlottenburg erfolge. Diesem Beschlusse der Kommission tritt das Haus gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozial- demokraten bei.

Die Forderung für den Truppenübungsplatz Neuhammer beantragt die Kommission nunmehr unterläßt zu bewilligen. Zugleich beantragt die Kommission eine Resolution, wonach künftig bei Vertabstehung von für das Meer zu erwerbenden Grundstücken das Reichsschatzamt mitwirken soll. Das Haus tritt dem Beschlusse der Kommission bei. Ferner wird zum Marine-Etat der Kommissions- antrag, für Reparatur der Kreuzer „Irene“ und „Kaiserin Augusta“ nur eine Million Mark zu bewilligen, angenommen, unter Ablehnung des An- trags Frese auf Bewilligung der geforderten zwei Millionen.

Beim Etat der Post wünscht Abg. Hug (Zentr.) Erleichterung der Vorschriften über den Vollortskurs bei Eisenbahntransporten.

Beim Etat der Brausteuer erklärt auf Anfrage des Abg. Singer Staatssekretär v. Tziellemann, daß gegenwärtig weder mit den Staaten, die der Brau- steuergemeinschaft angehören, noch mit denen, die ihr nicht angehören, Verhandlungen irgend welcher Art über Einführung einer Reichsbiersteuer schwebten.

Abg. Bachnicke (freif. Vereinig.) meint, diese Erklärung unterscheide nicht genug zwei Dinge: Einführung einer Reichsbiersteuer und Erhöhung der bestehenden Brausteuer innerhalb der Brausteuer- gemeinschaft. Das Brauergewerbe sei durch so viele Anregungen und Erklärungen bereits so beunruhigt, daß eine wirklich beruhigende Erklärung dringend geboten erscheine.

Eisaffischer Geheimrat Halley stellt dem Abg. Bachnicke gegenüber fest, daß Unterstaatssekretär von Schraut im Eisaffischen Landesausschuß nur auf die Möglichkeit einer bald erfolgenden Einführung der Reichsbiersteuer hingewiesen habe.

Abg. v. Karborski (Reichsp.) bemerkt dem Abg. Bachnicke, er selbst habe unlängst nur gefordert, daß die Leute, die immer neue Ausgaben anregten, sich doch auch in neue Steuern fügen müßten.

Abg. v. Normann (konf.): Meine Freunde haben keinen Wunsch nach Einführung der Reichsbiersteuer oder nach Erhöhung der Brausteuer. Wir wünschen nur die Einnahmen des Reiches erhöht zu sehen durch baldigstes Inkrafttreten des Zolltarifs. Die Zuschußanleihe zur Deckung fortwährender Ausgaben wird, dem Kommissionsvorschlage entsprechend, in Höhe von 72 1/2 Millionen Mark (nach der Vorlage sollten es 95 Millionen Mark sein) genehmigt. Endlich wird noch das Staatsgesetz angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Etats erledigt. — Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Montag 10 Uhr: Dritte Lesung des Etats.

Prinzessin Luise von Toskana.

Die „Berl. Morgenpost“ erfährt aus besser Quelle, daß die Prinzessin Luise von Toskana von der Ver- öffentlichung einer Antwort auf die Rundgebung ihres früheren Schwiegervaters, des Königs Georg von Sachsen, nicht abzubringen ist. Diese Streit- schrift soll den Titel führen: „Warum ich ging.“ Es soll eine Selbstverteidigung und Charakterisierung der Verhältnisse am sächsischen Hofe sein. Wenn die Prinzessin klug ist, fragt sie die erste, beste Frau aus dem Volke um deren Meinung. Da wird sie die richtige Antwort schon erhalten: Es gibt keine besondere Moral für Prinzessinnen! Im übrigen scheinen gewisse Leute unverändert im Trüben fischen zu wollen. Wenn der Erlaß des Königs von Sachsen nicht wirklich bringen nötig gewesen wäre, würde er auch nicht erfolgt sein.

Zu dem Erlaß König Georgs spricht sich sehr verständig und deutlich Maximilian Harden in der „Zukunft“ aus:

„Rein menschlich Fühlender wird der armen Frau, deren schlimmstes Vergehen nicht der Ehe- bruch, sondern das skandalöse Benehmen nach den Ehebrüchen war, Mitleid verschagen. Nur durch amtliche Restripte spukt noch die Freiheit des Willens; Luise wurde, was sie unter determinieren- den Umständen werden mußte. Mit der Mär von ihrer großartigen Natur, von dem Bestimmen der Selbst, die des Wesens Krone nicht bedeen ließ, hat man lange genug aber leere Stirne gefüttert.“